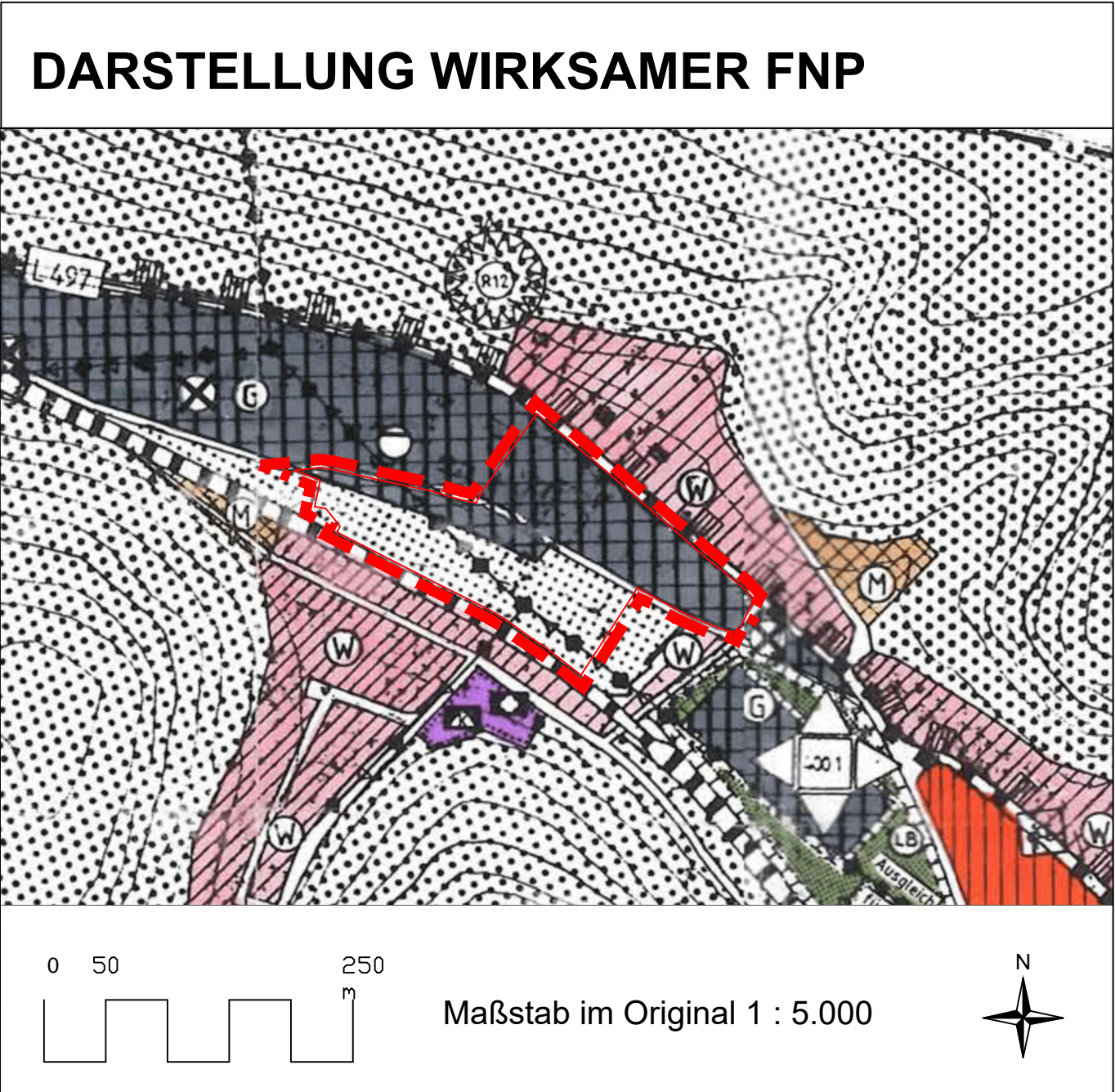


VERBANDSGEMEINDE RODALBEN, 30. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS



VERFAHRENSVERMERKE

Der Rat der Verbandsgemeinde Rodalben hat am ____2025 die Aufstellung der 30. Teiländerung des Flächennutzungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB) sowie den Vorentwurf gebilligt und die Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 beschlossen.

Der Beschluss, den Flächennutzungsplan für den Teilbereich zu ändern, wurde am ____2025 ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Ort und Dauer der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wurde am ____2025 öffentlich bekannt gemacht. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung fand in der Zeit vom ____2025 bis zum ____2025 statt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ____2025 über die frühzeitige Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB informiert und um Stellungnahme bis zum ____2025 gebeten.

Ein Antrag auf landesplanerische Stellungnahme gem. § 1 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 20 LPiG wurde am ____2025 bei der zuständigen Landesplanungsbehörde gestellt.

Der Entwurf der 30. Teiländerung, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung wurden in der Zeit vom ____2025 bis einschließlich ____2025 im Internet veröffentlicht und öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Vorgaben des § 3 Abs. 2 BauGB wurde am ____2025 ortsüblich bekannt gemacht.

Die nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ____2025 an der Planung beteiligt und von der Auslegung benachrichtigt. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme endete am ____2025.

Während der Auslegung gingen Anregungen ein, die vom Rat am ____2025 geprüft wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen die Anregungen vorgebracht haben mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Der Rat der Verbandsgemeinde Rodalben hat am ____2025 die 30. Teiländerung des Flächennutzungsplans beschlossen.

Verbandsgemeinde Rodalben, den ____

Der Bürgermeister

Die 30. Teiländerung des Flächennutzungsplans wurde der Höheren Verwaltungsbehörde gem. § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorgelegt. Die Genehmigung wurde erteilt.

Pirmasens, den ____

Die Teiländerung des Flächennutzungsplans wird hiermit ausgefertigt.

Die Genehmigung der Teiländerung und der Ort, an dem der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann, wurde am ____ ortsüblich bekanntgemacht. Mit der Bekanntmachung wird die 30. Teiländerung gem. § 6 Abs. 5 S. 2 BauGB wirksam.

Verbandsgemeinde Rodalben, den ____

Der Bürgermeister

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist.

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.

Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.

Landesbauordnung (LBauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 403).

Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133).

Landesplanungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz (LPiG) in der Fassung vom 10. April 2003 (GVBl. S. 41), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 9, 14, 15 und 17 geändert durch Art. 54 des Gesetzes vom 06. Oktober 2015 (GVBl. S. 283, 295).

Landesentwicklungsprogramm (Dritte Teilfortschreibung LEP IV vom 04.07.2017) Die Verordnung ist im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 20. Juli 2017 (GVBl. Nr. 11, S. 162 ff.) verkündet worden.

Landeswassergesetz (LWG) vom 14. Juli 2015, letzte berücksichtigte Änderung: § 42 geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.04.2022 (GVBl. S. 118).

